



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen / nicht öffentlichen Sondersitzung des
Ausschusses für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung
und des Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am
21.08.2025**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Festsaal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),
Zeit:	17:02 Uhr bis 17:57 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Prof. Dr. Dalbert, Claudia, Vorsitzende
Böhlke, Olaf
Radtke, Torsten
Raue, Alexander
Erdsack, Jörg, Dr.
Gernhardt, Dirk
Burkert, Silke, Dr.
Wels, Andreas
Kehrwieder, Tim

Doege, Torsten
Hebeda, Josef
Krischok, Marion
Neumann, Julius
Schöps, Miriam
Schulz, Stefan
Labusga, Sarah

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /
FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle
(Saale)
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Vertretung für Herrn Fr. Raabe,
Volt/MitBürger

Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung

Dr. Wünscher, Ulrike, Vorsitzende
Nistripke, Udo
Sehrndt, Martin
Vierkant, Thorben
Berkes, Hans-Joachim
Gernhardt, Dirk
Eigendorf, Eric
Raabe, Ferdinand
Kerzel, Mario
Kehrwieder, Tim

Dreher, Helge
Godenrath, Andreas
Wagner, Jan
Prof. Dr. Dalbert, Claudia

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion Volt/MitBürger
Fraktion Hauptsache Halle
Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /
FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle
(Saale)
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Vertretung für Herrn Aldag,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verwaltung

Dr. Alexander Vogt
René Rebenstorf

Beate Saubke
Achmed Großer
Simon Kuchta

Oberbürgermeister
Beigeordneter Stadtentwicklung Umwelt und
Sicherheit
Büroleitung
Referent
Leiter Fachbereich Umwelt

Charlize Meisner
Sophia Waldowski

stellvertretende Protokollführerin
stellvertretende Protokollführerin

Entschuldigt fehlen:

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Petzold, Daniel
Raabe, Friedemann
Menke, Johannes
Wolf, Sabine

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion Volt/MitBürger
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin

Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung

Aldag, Wolfgang
Franke, Claudia
Hänsel, Klaus E.
Hünert, Babett
Müller, Benjamin
Dr. Thomas, Sven

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Die Ausschussvorsitzende des Ausschusses, **Frau Prof. Dr. Dalbert**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung fest.

Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung

Die Ausschussvorsitzende des Ausschusses, **Frau Dr. Wünscher**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Frau Prof. Dr. Dalbert äußerte, dass nichts von der Tagesordnung zu nehmen oder auf diese zu setzen ist.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Frau Prof. Dr. Dalbert** um die Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung

Frau Dr. Wünscher äußerte, dass nichts von der Tagesordnung zu nehmen oder auf diese zu setzen ist.

Frau Dr. Wünscher informierte darüber, dass die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 5.1 gestellt hat. Dieser wird unter dem Punkt 5.1.1 behandelt. Zudem teilte Sie mit, dass es unter dem Tagesordnungspunkt 13 eine Mitteilung über das Baudenkmal in der Brüderstraße 7 gibt.

Da es keine Wortmeldungen gab, bat **Frau Dr. Wünscher** um die Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung
2. Feststellung der Tagesordnung
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung
3. Einwohnerfragestunde
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung
- 3.1. Fragesteller 1 zum Bebauungsplan
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung
5. Beschlussvorlagen
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung
- 5.1. Aufhebung des Beschlusspunktes 4 des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 217 Sondergebiet Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße (Vorlage: VII/2024/06889) vom 26.03.2025
Vorlage: VIII/2025/01416
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung
- 5.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage Aufhebung des Beschlusspunktes 4 des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 217 Sondergebiet Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße (Vorlage: VII/2024/06889) vom 26.03.2025
Vorlage: VIII/2025/01543
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung
7. Mitteilungen
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung
- 7.1. Frau Labusga zum Runden Tisch Radverkehr
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung
9. Anregungen
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung, Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
Information zum Baudenkmal Brüderstraße 7
13.1. Vorlage: VIII/2025/01545
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
Herr Raabe zu einem Verkauf
14.1.
15. Anregungen

zu 3 **Einwohnerfragestunde**

Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung

Für den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung lagen keine Einwohnerfragen vor.

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

zu 3.1 **Fragesteller 1 zum Bebauungsplan**

Fragesteller 1 sagte, der Verlust von Ackerboden sei kein stichhaltiges Argument, da es durch die EEG-Novelle 2023 ohnehin viele Solarflächen auch auf bestem Boden gebe und daher genügend Ackerland vorhanden sei. Auch die Bedenken zur Kaltluft seien übertrieben, da diese wie ein Wasserlauf der Saale folge und keinen relevanten Einfluss auf die Altstadt habe.

Herr Rebenstorf erwiderte, dass es heute um den damals beschlossenen Änderungsantrag gehe, der keinen Bezug auf Ackerboden und Kaltluft nehme. Das eigentliche Planverfahren werde noch durchgeführt, da es momentan zu früh dafür sei.

Der **Fragesteller 2** zog seine Frage zurück und möchte diese im regulären Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung stellen.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung lagen keine Niederschriften zur Bestätigung vor.

Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung

Für den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung lagen keine Niederschriften zur Bestätigung vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Aufhebung des Beschlusspunktes 4 des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 217 Sondergebiet Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße (Vorlage: VII/2024/06889) vom 26.03.2025
Vorlage: VIII/2025/01416**

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage Aufhebung des Beschlusspunktes 4 des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 217 Sondergebiet Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße (Vorlage: VII/2024/06889) vom 26.03.2025
Vorlage: VIII/2025/01543**

Auf Antrag des Stadtrates Herrn Eigendorf wurde für diesen Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Eigendorf

Danke, Frau Vorsitzende. Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, Herr Beigeordneter, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist nicht mal sechs Monate her, da haben wir hier den Aufstellungsbeschluss für das Sondergebiet Justizvollzugsanstalt gefasst. Ein Beschluss, der, das kann man glaube ich sagen, zumindest in der jüngeren Geschichte des Stadtrates eine vergleichbar lange Einflugschneise hatte.

Mit vielen unterschiedlichen Positionen, auch mit einem Wandel verschiedener Positionen. Und am Ende hat sich ein Kompromiss gefunden, der am 26.03.2025 im Stadtrat auch so beschlossen wurde. Es war ein Kompromiss, der nicht von einer absoluten, sondern nur von einer einfachen Mehrheit des Stadtrates getragen wurde. Aber es war ein Kompromiss. Und das war zu der damaligen Zeit das Signal, das wir gebraucht haben. Gerade auch, weil zu diesem Zeitpunkt ja schon klar war, dass Halle nicht mehr alleine in der Verlosung ist als Standort für die JVA, sondern dass vielmehr sich mit Weißenfels auch ein zweiter Bewerber anschickt, an dieser Stelle neuer Standort der JVA zu werden.

Und nun beraten wir heute aufgrund der Vorlage der Stadtverwaltung darüber, ob der Punkt vier des Beschlusses aufgehoben werden soll. Und warum tun wir das eigentlich? Natürlich wird die Verwaltung ausführen, aufgrund der Position des Landes. Aber lassen Sie uns genauer hinschauen. Was ist denn eigentlich die Position des Landes? Wir kennen Zitate aus einem Brief von Herrn Staatssekretär Malter aus dem Finanzministerium, der an Sie, Herr Oberbürgermeister, geschrieben hat.

Dieser Brief ist, korrigieren Sie mich bitte, falls ich falsch liege, Mitte Juni bei Ihnen eingegangen. Bis zum heutigen Tage haben wir als Mitglieder des Planungsausschusses und als Mitglieder des Stadtrates über den offiziellen Weg von der Stadtverwaltung dieses Schreiben nicht zur Verfügung gestellt bekommen. Wir haben das, Herr Oberbürgermeister, miteinander diskutiert in einer Fraktionsvorsitzendenrunde.

Wir haben uns da sehr offen dazu ausgetauscht und Sie haben ausgeführt. Hätte man das Gespräch gesucht, hätte man sie eingeladen in die Sitzung, hätten Sie dieses Schreiben mitgebracht. Da möchte ich noch mal an dieser Stelle für meine Fraktion festhalten, das ist ein Vorgehen, das wir so nicht in Ordnung finden. Wenn wir miteinander auf Augenhöhe über Sachen diskutieren wollen, dann ist es wichtig, dass wir vor einer Diskussion, vor einem Austausch gerade über Zoom, für die Stadt ein wichtiges Thema, alle vorher die Möglichkeit haben, die gleiche Kenntnisgrundlage zu haben.

Wenn wir offen und ehrlich miteinander diskutieren wollen, dann ist es keine Art und Weise, Schreiben irgendwie spontan, gerade bei der Länge, die das Schreiben hat, einfach hinzulegen und dann miteinander zu diskutieren. Ich hoffe, dass das ein einmaliger Vorgang ist und dass wir da in Zukunft einen Modus finden, der besser funktioniert. Trotz allem müssen wir drüber diskutieren, wie wir jetzt mit dem Ergebnis dieses Schreibens umgehen.

Und ich glaube, es ist auch in den letzten Wochen deutlich geworden, auch in den Diskussionen nach der Fassung des Aufstellungsbeschlusses, dass es im Stadtrat ja jetzt nicht die einhellige Mehrheit gibt. Wir machen das, und wir tun das, auf jeden Fall. Es wird weiterhin ein Ring sein. Und ja, auch die Frage, wie kommt das Land uns entgegen, wie verhält sich das Land bei einzelnen Punkten, wird für viele Kolleginnen und Kollegen in meiner Fraktion, aber auch in vielen anderen Fraktionen, entscheidungserheblich sein.

Und aus diesem Grund bringen wir als SPD-Fraktion hier heute einen Kompromissvorschlag vor, von dem wir glauben, dass wir damit zum einen den Prozess am Leben halten können und zum anderen auch weiterhin die Wahrscheinlichkeit hochhalten, dass Halle weiterhin Standort der großen Justizvollzugsanstalt im Süden unseres Landes sein kann. Diese beiden Punkte, die wir ihnen vorschlagen, kommen aus dem Schreiben des Landes.

Das Land hat sich klar positioniert, und hatte auch an Punkt eins unseres Änderungsantrags sieht man beispielsweise ganz konkrete Kompromissvorschläge gemacht, die wir wortwörtlich übernommen haben. Wir halten es für sinnvoll, als Signal für das Land, diese Punkte, diese Kompromissvorschläge an dieser Stelle so aufzugreifen. Und was bei uns auf Unverständnis stößt, ist ja, wenn man dieses Schreiben des Landes liest, dann fällt auf, dass was fehlt.

Der Stadtrat hat im März ursprünglich vier Punkte beschlossen. Die klare Forderung, dass es Beteiligung geben soll bei der Nachnutzung der beiden JVA Standorte, Roter Ochse und Frohe Zukunft, und die Forderung, dass es Investitionen geben soll in den Stadtteilen, die davon betroffen wären, wenn die neue JVA in Tornau entsteht. Dazu hat das Land sich geäußert. Aber zu den Punkten bezüglich der Umweltverträglichkeitsprüfung sowie zu dem Punkt der Bürgerbeteiligung findet sich im Schreiben des Landes kein einziges Wort.

Wir dürfen daher davon ausgehen, dass das Land das mittlerweile auch als eine Selbstverständlichkeit betrachtet, das zu machen, und dass es uns an dieser Stelle nicht nur wegschieben möchte, sondern dass das Land an dieser Stelle uns signalisiert: Damit kann das Land leben. Und die Stadtverwaltung wird jetzt natürlich wieder damit argumentieren, dass das ja irgendwie Selbstverständlichkeiten sind. Und ich würde ja mir wirklich wünschen, dass es so wäre. Aber gerade der Punkt der Öffentlichkeitsbeteiligung, das war ja nichts, was wir uns damals überlegt haben.

Das schreiben wir jetzt mal rein, sondern das war aus der Erfahrung, dass das, was wir hier in der Stadt als Selbstverständlichkeit empfinden, mit der Öffentlichkeitsbeteiligung nicht so funktioniert, wie es sollte. Deswegen gibt es aus unserer Sicht gar keinen Grund, Punkte aufzuheben, bei denen mit dem Land schon Konsens hergestellt ist, und deswegen bitte ich Sie um wohlwollende Beratung und um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag. Vielen Dank.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Eigendorf. Bevor wir jetzt weiter in der Diskussion fortfahren, möchte ich das Wort dem Oberbürgermeister, Dr. Vogt, geben. Herr Dr. Vogt, bitte.

Herr Dr. Vogt

Vielen herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. Herr Eigendorf, ich möchte nur kurz reagieren auf das Schreiben vom Landesverwaltungsamt. Die Aufgabe der Verwaltung ist, entsprechend zielgerichtet die Informationen Ihnen zur Verfügung zu stellen, die notwendig ist, um Informationen oder generell auch Entscheidungen für sie zu treffen.

Es waren in diesem Schreiben auch Informationen drin, die nicht von Relevanz sind für diesen Prozess, den wir gerade machen, nämlich zu schauen, ob wir die geforderten Nachbesserungen des Landes im Prinzip hier auch durch einen Stadtratsbeschluss auch vollziehen und entsprechend auch dafür Sorge tragen, dass das Risiko minimiert wird, dass die JVA in Halle nicht bleibt.

Das ist ganz wichtig. Grundsätzlich ist der Punkt 4a und 4d aus Sicht des Landes, ich sag mal, zu akzeptieren, bis auf ein paar kleine Ausnahmen. Wir haben uns entschieden, als Verwaltung kein Risiko einzugehen, null Komma null. Das heißt, wir haben uns als Verwaltung entschieden, den kompletten Punkt vier zurückzuziehen. Zumal auch a und b gemacht werden müssen. Bis auf 4a fordern wir noch etwas obendrauf. Ich bitte noch mal inständig, die hier anwesenden Stadträtinnen und Stadträte uns zu unterstützen.

Weil, noch mal, wir können uns es nicht leisten, dass die JVA entsprechend Halle verlässt. Einfach auch in dem Kontext der Arbeitsmarktsituation, was sich jetzt im Süden auch von Halle entwickelt mit DOW und nicht zu vergessen, fünf Millionen Wertschöpfung im Jahr stehen auf dem Spiel, inklusive Arbeitsplätze und natürlich der Zulieferer. Vielen herzlichen Dank.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Oberbürgermeister. Gibt es Wortmeldungen? Herr Raabe, bitte.

Herr Raabe

Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich war etwas überrascht von dem Vorstoß der Verwaltung, als die Nachricht kam, man will diesen Beschlusspunkt einfach aufheben. Das kam ja nicht von irgendwo, dass man gesagt hat, man macht noch weitere Bedingungen in dieses Verfahren, sondern es ist ja in diesem ganzen Prozess dieser JVA, diesem Beschluss zur Offenlegung, sind ja Bürgerdialoge, Gespräche mit Menschen vor Ort vorausgegangen. Im Wahlkampf war das ein riesen Thema. Und das heißt, man hatte auch am Ende jetzt den

Kompromiss, dass man auch mit den Menschen vor Ort sagen konnte: Okay, die JVA kommt, aber dafür bekommt ihr auch was.

Und wenn man jetzt einfach sagt: Na gut, da hat man die Leute quasi ruhiggestellt, man hat jetzt gesagt, das kommt, und jetzt sagt man plötzlich: Ach ja, das passt jetzt doch nicht so, dann heben wir das einfach wieder auf. Ich finde das auch den Menschen vor Ort nicht fair gegenüber, dass man sich da jetzt so einen schlanken Fuß machen will. Vor allem da ja, wie auch schon Herr Eigendorf ausgeführt hat, aus dem Schreiben gar nicht hervorgeht, dass man das alles aufheben muss.

Also, es gab explizite Vorschläge, die Punkte anzupassen. Es wurde gesagt, dass zwei Punkte dieses Änderungsantrags gar nicht angefasst werden müssen. Und diese ganze Diskussion hat auch einfach eine sehr schlechte Grundlage, wenn man dieses Schreiben gar nicht bekommt. Also theoretisch, wenn man das nicht über andere Wege da Blick bekommen hätte, würden wir jetzt hier stehen, wir hätten dieses Schreiben nie gesehen, und dann müsste ich sagen: Gut, wenn ich das vom Land nicht sehe, dann gibt es für mich keinen Grund, da überhaupt was anzufassen.

Dann würde ich sagen: Wir haben den Menschen vor Ort versprochen, diese Dinge kommen, dann bleibe ich dabei, und da gibt es für mich keinen Anlass, das überhaupt aufzuheben. Und in dieser ganzen Kultur des miteinander Arbeitens von Verwaltung und Stadtrat ist so was, vor allem auch mit Blick auf die Sommerpause, wo dann Fraktionssitzungen auch schwierig sind, einfach keine Art. Vor allem, wenn man auch in der Fraktionsvorsitzendenrunde noch mal extra darum bittet, aufklärt, auch über diese Thematiken, Sommerpause, Schwierigkeiten von persönlichen Treffen, und dann kriegt man das Schreiben trotzdem nicht zugesendet.

Mittlerweile, wenn man das Schreiben kennt, kann man sich vielleicht erahnen, warum man das nicht so gerne den Stadträten zugesendet hat. Es ging ja dem auch davor ein Schreiben der Stadt voraus, worauf sich Herr Malter auch bezogen hat. In dem Beginn des Schreibens, da wurde nämlich geäußert, dass von Seiten der Stadt geschildert wurde, man könnte ja das B-Planverfahren innerhalb von vier Wochen nach Paragraph 33 schnell abhandeln.

Das hat doch etwas irritiert, und daher vielleicht die Frage da schon mal, wer denn das überhaupt an das Land geschickt hatte, dass der Herr Malter auf die Idee kam, dass so eine Äußerung klarstellen zu müssen? Und dann abschließend sehen wir es jetzt als sinnvollen Kompromiss, dem Änderungsantrag der SPD hier jetzt zuzustimmen, dass wir sagen, okay wir gehen da einen Mittelweg. Wir wollen die JVA hier haben. Wir wollen aber auch, dass die Bemühungen der Bürgerinnen und Bürger nicht umsonst waren, und deshalb sehen wir das als sinnvolle Lösung, auch wenn es schmerzt, diesen Weg jetzt mitzugehen.

Frau Dr Wünscher

Danke Herr Raabe. Der Oberbürgermeister wird auf Ihre Fragen antworten.

Herr Dr. Vogt

Ja, vielen herzlichen Dank, Herr Raabe. Ich möchte auf eine Sache eingehen, bevor dann der Herr Rebenstorf technischer wird. Selbstverständlich werden wir als Kommune Halle Investitionen durchführen, in Tornau und auch Mötzlich. Sollte die JVA kommen, und das ist klar, da reden wir von Infrastrukturmaßnahmen. Allein der ÖPNV wird natürlich logischerweise durch die höhere Nachfrage des ÖPNV, durch die JVA, wird selbstverständlich auch Tornau und Mötzlich wesentlich besser angebunden.

An die Stadt durch das öffentliche Verkehrsnetz durch Bus auf jeden Fall. Und Bürgerbeteiligung werden selbstverständlich durchgeführt. Und noch einen Hinweis an dieser Stelle, weil ich wurde gefragt, wann ich denn nach Tornau komme und nach Mötzlich

und mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch gehe. Das kann ich selbstverständlich erst tun, wenn klar ist, ob überhaupt die nach JVA Tornau kommt.

Und erst, wenn das klar ist, kann ich auch erst sagen, welche Leistungen wir als Stadt zusätzlich erbringen. Es macht keinen Sinn, sich einen Bürgerdialog zu stellen, wenn wir überhaupt nicht wissen, ob überhaupt dieses Gebiet entwickelt wird. Und erst, wenn wir es wissen, können wir auch entsprechende Verbesserung den Bürgerinnen und Bürgern bezüglich der Infrastruktur ihrer Stadtteile oder Stadtteile von Halle überhaupt erst anbieten. Das war mir noch mal ganz wichtig hier zu erwähnen.

Auch in Kommunikation mit den Einwohnerinnen und Einwohnern von Tornau und Mötzlich. Und jetzt würde ich gerne Frau Dr. Wünscher bitten, das Wort an unseren Beigeordneten Herr Rebenstorf zu übergeben.

Fr. Dr. Wünscher

Ja, Herr Rebenstorf, bitte.

Herr Rebenstorf

Ja, Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, Herr Raabe, noch ein paar Ergänzungen. Die Aussage mit den vier Wochen bezog sich nicht auf den B-Plan. Ich will ungern korrigieren, aber ich habe gehört, dass Sie B-Plan gesagt haben. Es bezog sich auf die Baugenehmigung. Also, wir müssen das B-Planverfahren logischerweise vollenden. Mit den üblichen drei Schritten. Aufstellungsbeschluss haben wir erledigt.

Das nächste ist die Offenlage und dann auf die Zielgeraden Abwägung und Satzungsbeschluss. Sollten wir bei der Abwägung bereits zu dem Schluss kommen, dass die Planreife gegeben ist, haben Sie richtig ausgeführt, können wir nach Paragraph 33 unter Umständen schon vorher eine Baugenehmigung ausreichen. Und das funktioniert aber nur, wenn die Unterlagen vollständig sind.

Ab da tickt im Regelfall dann auch die Zeit und wir gehen davon aus, wenn die Vollständigkeit vorliegt der Unterlagen. Das setzt natürlich einen gewissen Zeitpuffer im Vorfeld voraus. Dann müsste der reine Verwaltungsakt in vier Wochen zu schaffen sein. Aber das ist das, was erst am Ende und nach dem erfolgreich durchgeführten B-PLAN-Verfahren erfolgt. Die Öffentlichkeitsbeteiligung würden wir auf jeden Fall, nachdem, was der Gesetzgeber fordert, durchführen.

Mit Sicherheit wären wir in dem Fall auch eine frühzeitige Beteiligung auf den Weg bringen, damit wir erste Rückmeldungen bekommen, mit welchen ja Auflagen, mit welchen Hinweisen wir zu rechnen haben. Dann ganz klassisch der Offenlagebeschluss, der hier im Stadtrat zu fassen ist. Und die so genannte TöB-Beteiligung, also Träger öffentlicher Belange, einschließlich dessen, was auch die Bürgerschaft und jedermann uns dann zurückmelden kann, was wir dann im eigentlichen B-Planverfahren in die Abwägung bringen.

Fr. Dr. Wünscher

Danke, Herr Rebenstorf. Herr Eigendorf, bitte noch, und dann Herr Raabe.

Herr Eigendorf

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich finde es wunderbar, dass wir schon bei der Diskussion über die genaue Umsetzung von Paragraph 33 sind, aber vielleicht noch mal ganz kurz einen Schritt zurück. Herr Oberbürgermeister, Sie haben gesagt, wir können es uns nicht leisten, dass die JVA-Halle verlässt und wir dürfen kein Risiko eingehen. Ich stelle fest, dass wir in der Sache nicht weit voneinander entfernt sind, aber im Verfahren beziehungsweise.

Beim Weg dahin haben wir noch ein Stückchen miteinander zu gehen, deswegen gut, dass wir hier heute zusammen sind. Ich bin da total einverstanden mit. Ich frage mich aber auch: Wo ist das Risiko für uns als Stadt, wenn wir dem Wortlaut des Schreibens von Staatssekretär Malter hier beschließen, wenn wir das übernehmen? Ich persönlich halte das für kein großes Risiko, sondern eher für ein großes Zeichen des Einvernehmens dem Land gegenüber.

Ich glaube, wir verlieren an dieser Stelle nichts. Ich denke aber auch, dass wir an dieser Stelle, wenn wir über die Frage reden, wie wir am besten auf Nummer sichergehen, dass wir auch in die andere Richtung gehen sollten. Herr Oberbürgermeister, ich hatte es erwähnt. Die Beschlussfassung war schon im März knapper, als wir uns das gewünscht haben, und jetzt nicht das große Signal der Einigkeit. Der Worst Case an dieser Stelle wäre, dass wir im Stadtrat in eine Situation geraten, wo Änderungsantrag wie auch Vorlage selber abgelehnt werden.

Das wäre mit Sicherheit das schlechteste Signal. Und wenn wir sagen, dass wir auf Nummer sicher gehen wollen, dann ist es auch notwendig, dass wir das auf der anderen Seite auch mitdiskutieren, dass wir das hier abwägen und dass wir zu einer guten Lösung kommen. Und ich bin fest davon überzeugt, dass unser Änderungsantrag da eher ein Beitrag zur Nummer sicher ist als zu mehr Risiko. Vielen Dank.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Eigendorf. Herr Raabe, bitte.

Herr Raabe

Vielen Dank, dann freue ich mich natürlich, wenn wir dann so einen Bauantrag in vier Wochen durchkriegen. Aber vielleicht noch der Nachtrag, weil Sie, Herr OB, jetzt gesagt haben, dass man ja erst den Bürgerdialog starten könnte, wenn das alles in Sack und Tüten wäre. Ich sehe das ein bisschen anders. Wir haben in diesem Stadtteil eine sehr aktive Bürgerinitiative, die sich auch schon im Vorhinein aktiv eingebracht hat in den ganzen Dialog. Und da könnte man auch, ich kenne das aus meiner eigenen Erfahrung in der Bürgerinitiative in Lettin.

Wenn man da sagt: Okay wir möchten hier den Antrag modifizieren, quasi den letzten Kenntnisstand erneuern. Dann freuen die sich mit Sicherheit auch, wenn man dann auf sie zugeht, und auch nicht erst, wenn alles in Sack und Tüten ist, sondern auch schon im Prozess. Das wird immer gerne gesehen, dass man dann auch da noch mal Meinung Stimmung zu einholen kann. Und zu der Geldfrage, dass man dann als Stadt investieren muss, das wird dann natürlich darauf hinauslaufen, aber man muss sich an der Stelle auch ehrlich machen.

Wenn das Land jetzt bestimmte Dinge nicht zahlt, da nicht bereit ist, sich auf verpflichtende Zahlungen einzulassen. Dann würde ich das bei der Haushaltslage der Stadt als sportlich beurteilen, dann da viel dran zu verändern. Es ist jetzt so, wie es ist. Wenn das Land sagt, sie wollen das Geld nicht zahlen, dann sitzen wir da am kürzeren Hebel. Aber jetzt diese Perspektive in den Raum zu stellen, ich finde, da muss man auch den Menschen dort gegenüber ehrlich sein, dass der Zug dann wohl leider abgefahren ist.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Raabe, der Oberbürgermeister wird sich dazu äußern.

Herr Dr. Vogt

Ganz kurz Sie haben das Thema im Prozess. Wir befinden uns nicht im Prozess, der Prozess beginnt erst, wenn sich das Land entschieden hat, die JVA in Halle zu errichten.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Oberbürgermeister. Jetzt Herr Kehr wieder, bitte.

Herr Kehr wieder

Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Also, um die Debatte mal zusammenzufassen beziehungsweise überhaupt mal zu kommentieren: Ich glaube, die ist an Absurdität gar nicht zu übertreffen. Also wir haben jetzt diesen Änderungsantrag damals von der SPD gehabt zum originellen Aufstellungsbeschluss. Den haben wir als Fraktion zugestimmt, mit der klaren Prämisse. Wir wollen, dass diese JVA nach Halle kommt, weil es einfach die wirtschaftlich wichtigste Entscheidung für diese Stadt ist.

Ich weiß nicht, über was wir hier überhaupt reden müssen. Sollte diese JVA nicht nach Halle kommen, dann geht es einer wirtschaftlich schlecht dargestellten Stadt noch schlechter, als es sowieso schon ist, und dass mit der Haushaltslage, die wir hier gerade haben. Und vielleicht auch gerade mal in Richtung der Fraktion. Auch öffentliche Investitionen sind Teil der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und sind gut für diese Stadt, auch wenn es Staatsgelder sind, und das sag ich auch als FDPler, weil ich nämlich Wirtschaft verstanden habe. Und vielleicht auch noch mal zum Änderungsantrag der SPD.

Wir haben den aufgenommen in der Fraktionssitzung und haben uns gewundert. Was ist denn das eigentlich, bis wir dann von diesem Schreiben vom Staatssekretär erfahren haben. Und da muss ich auch einfach mal sagen: Wo bleibt da die Transparenz der Stadtverwaltung? Es ist nicht okay, dass wir so einen Brief nicht zugestellt bekommen, weil sie müssen mit uns die Mehrheiten in diesem Stadtrat finden, und wenn wir da nicht die volle Entscheidungsgewalt und die volle Informationstransparenz haben, dann kommen auch solche Debatten zustande, wie wir hier heute führen.

Als Fraktion von der FDP sind wir jetzt beim Änderungsantrag der SPD dabei, nicht, weil wir das alles für richtig halten, sondern weil es wichtig ist, dass diese JVA nach Halle kommt, koste es, was es wolle. Weil unpopuläre Entscheidungen müssen auch manchmal von Politikern getroffen werden und das machen wir hier vielleicht. Wir verärgern vielleicht einen Teil der Bürger, aber wir sorgen auch dafür, dass Halle weiter nach vorne kommt, weil wir können es uns nicht leisten, dass diese JVA nach Weißenfels kommt.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Kehr wieder. Herr Vierkant bitte und dann Herr Nistripke.

Herr Vierkant

Vielen Dank. Frau Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren. Ja, also es ist ja schön, dass Ihnen allen jetzt dieses Schreiben vorliegt. Uns liegt es nicht vor, entsprechend können wir nicht bewerten, ob diese tatsächliche Behauptung, dass ja alles der Wortlaut so zutrifft, und dementsprechend können wir da auch nicht entsprechend unser Votum drauf stützen.

Die Verwaltung hat hier versucht, den größtmöglichen Schaden von der Stadt abzuwenden, Einfach dieser völlig nichtssagende Punkt, der da dort aufgehoben wird. Natürlich ist es Aufgabe der Verwaltung, dort im Umfeld entsprechende Strukturen zu schaffen. Der Stadtrat hat auch klar zum Ausdruck gebracht und man möchte dort nach Möglichkeit eine Verwertung der bisherigen Standorte.

Das Land hat aber klar kommuniziert. Auf irgendwelche Bedingungen lässt man sich nicht ein. Deswegen ist auch die folgerichtliche Lösung, man hebt das einfach alles auf, was diesen Änderungsantrag angeht und ist da auf der sicheren Seite, anstatt dass man irgendwie behauptet. Ja, wenn es irgendwo bei einem ominösen Schreiben passt, dass das

anscheinend Teilen des Stadtrates vorliegt, obwohl es nicht öffentlich ist. Ja dann schicken Sie mir es gerne zu Herr Eigendorf, wenn Sie es vorliegen haben.

Jedenfalls es wäre schön, wenn wir uns darauf verständigen könnten, dass einfach der Verwaltungsvorlage zuzustimmen und den Änderungsantrag der SPD abzulehnen, dass dieser beinhaltet ein Risiko, dass wir nicht eingehen müssen. Der hat keine inhaltlichen Punkte, die jetzt dringend nötig wären. Den Bürgern wird auch so geholfen. Vielen Dank.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Vierkant. Herr Nistripke bitte.

Herr Nistripke

Ja, Dankeschön. Ich erinnere mich noch an letztes Jahr, wo wir eigentlich alle, oder fast alle, der Meinung waren, dass der Standort Frohe Zukunft für die Stadt Halle der günstigste ist. Und danach hat das Land aber gesagt: Also Tornau oder nichts sozusagen. Und wir haben uns entschieden, aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung des Gefängnisstandortes auf das Land, sozusagen, den *unverständlich* mit, außer dieser Ergänzung, sozusagen aus dem Frühjahr zuzugehen.

Wenn wir das jetzt gemacht haben und das Land ist immer noch nicht zufrieden, dann glaub ich, ist es sinnvoll, dass man auch den nächsten Schritt tut aufs Land zu und das eben dem Land sozusagen keine Nebenbestimmung sozusagen auferlegt. Das scheint mir auch ein bisschen atmosphärisches Problem zu sein. Also nicht, was da drinsteht, sondern das Land kann, oder das Finanzministerium, sagt dann, die Stadt Halle ist mit dem Standpunkt einverstanden und hat daneben noch Punkt eins und zwei.

Das ist fast egal, was da drin steht. Wenn Weißenfels sagt, wir haben keine Bedingung, dann ist das sozusagen atmosphärisch Schwierigkeit. Deshalb werbe ich dafür, dass man das aufhebt den Punkt vier, also diese vier Punkte. Nicht weil ich da nicht hinter stehe. Ich hab ja zugestimmt früher, sondern weil mir das Risiko sozusagen, dass das zum Anlass genommen wird, den Standort Halle rauszukegeln, zu groß ist. Danke.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Nistripke. Frau Dr. Burkert bitte.

Frau Dr. Burkert

Sehr geehrte Vorsitzenderinnen und sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wir feiern Kronjuwelen- Hochzeit, also das wollte ich nochmal mitteilen. Also, am 01.07.1950 wurde Tornau eingemeindet. Und wie das so ist bei Hochzeiten: Erstens schade, dass nicht gefeiert wurde. Das möchte ich noch mal in dem Rahmen sagen. Und zweitens ist es so bei Ehepartnern. Sollte man schon gleichberechtigt sein, das heißt, nicht nur der, der am Markt sitzt, sollte entscheiden, wie es mit dem Wohngebiet weitergeht.

Sondern natürlich auch der zweite Ehepartner, und das ist in dem Fall Tornau, und da würde ich mir schon wünschen, dass man von Anfang an die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtkreisen miteinbezieht. Und nicht erst, wenn eine Entscheidung gefallen ist. Das ist die erste Sache. Die zweite Sache, was man immer wieder von den Bürgern in Tornau und auch Mötlich hört. Und auch in der Frohen Zukunft.

Wir haben eine große Brachfläche hinter dem Gefängnis, ja, um den Netto-Bereich. Und da ist natürlich der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger, dass man da natürlich eher die versiegelten Flächen nutzt, um Gefängnisse neu auszurichten und zu erweitern, als auf den grünen Acker zu setzen. Und das möchte ich in dem Rahmen noch mal sagen. Wir sind bewandert, dass Flächentausche betrifft.

Ich weise nur auf das Zukunftszentrum hin, wo man mit Papenburg natürlich auch Flächen getauscht haben. Und es ist bekannt, dass Papenburg auch da oben Flächen besitzt. Und mein Wunsch wäre, wenn wir jetzt weitere Gewerbe entwickeln wollen, dass wir wirklich noch mal genau gucken. Welche Brachflächen haben wir im Stadtgebiet? Wie können wir die fit machen? Wie können wir die besser Investoren anbieten?

Wie können wir vielleicht auch Flächen tauschen? Also, dass das eine Ausnahme bleibt, dass wir hier wirklich wertvolles Ackerland, wertvolle Frischluftschneisen zum Petersberg, Erholungsgebiete für unsere Bürgerinnen und Bürger, versiegeln. Das sind die zwei Punkte und die möchte ich einfach in dem Sinne noch mal weitergeben, im Sinne der Bürgerinnen und Bürger in diesen Stadtteilen. Vielen Dank.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Frau Dr. Burkert. Herr Raue, bitte.

Herr Raue

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Oberbürgermeister. Für uns stellt sich das jetzt tatsächlich ein bisschen problematisch dar. Dieser Änderungsantrag, der uns jetzt überrascht hat, weil aus unserer Sicht da kaum etwas Durchsetzbares herauskommt. Das ist aus unserer Sicht tatsächlich so ein bisschen eine Selbstdarstellung, mit der wir hier verbunden sind, die uns aber in ein gewisses Risiko bringt. Dass das Land am Ende sagt: Nein Halle ist uns jetzt zu widerspenstig. Wir statuieren jetzt wirklich ein Exempel.

Davor haben wir tatsächlich Sorge. Sie wissen sicherlich auch alle, dass wir von Beginn an mit einem Neubau einer Haftanstalt ganz große Probleme haben. Natürlich aus anderen Gründen als sie vielleicht. Aber Halle, und vor allem das Land Sachsen-Anhalt, können sich schlicht so einen Neubau überhaupt nicht leisten. Der ist mal beendet worden bei 400 Millionen Planungskosten und nun hat man eine private GmbH gegründet.

Und meint, sozusagen an der öffentlichen Verschuldung vorbei, sich im Prinzip in dem Schattenhaushalt weiter verschulden zu können. Nur um ein solches Vorhaben im Prinzip am Landeshaushalt vorbei durchzuführen. Das bedeutet aber, wenn wir jetzt hier bauen, was weiß ich, 400 Millionen Euro, stehen ja da tatsächlich auch wieder im Raum.

Dass wir wahrscheinlich 300 Millionen Euro teurer bauen, als wir müssten. Ich habe im Netz bei anderen Bundesländern schon mal gegoogelt, das wissen Sie, ich habe das im Klimaausschuss schon mal vorgetragen. Es gibt Erweiterungsbauten, Modulbauten, die kosten nur 25 Millionen Euro für 120 Haftplätze.

Beispiele sind Heimsheim, Ravensburg und Schwäbisch Hall, dreimal gleich gebaut. Erweiterungsbauten hätten wir uns jetzt auch für die Frohe Zukunft gewünscht Und dann wären die Haftplätze eben dort entstanden. Das wäre auch sicherlich der geringste Eingriff gewesen. Das alles will das Land nicht. Das Land hat sich da was im Kopf gesetzt. Und wird es wohl auch durchsetzen.

Und dem müssen wir uns am Ende tatsächlich fügen, weil wir hier tatsächlich an der kürzeren Seite des Tischtuchs sitzen. Unser Problem in Halle sind unsere Finanzen. Wir sollten tatsächlich kein Risiko eingehen, dass uns diese Wertschöpfung von um die 5 Millionen Euro hier entgeht. Wo noch kein neues Gewerbegebiet und noch keine Ansiedlung und keine wirtschaftliche Belebung in der Stadt beschlossen oder absehbar ist. Insofern dürfen wir solche Risiken nicht eingehen.

Und deswegen erübrigt sich eigentlich auch der Versuch, hier irgendwie sich an der Vorlage der Stadtverwaltung seitens der Fraktion SPD abzuarbeiten, und da neue Bedingungen zu schaffen. Wir sollten einfach sehen, dass wir das Ding jetzt hierher bekommen. Möglich ist

es auch, dass sich die Menschen in der frohen Zukunft freuen. Wenn sich irgendwann nach Abtrag und Rückbau der Haftanstalt dort vielleicht ein neues Wohngebiet erstreckt oder was weiß ich, ein Sportplatz oder sonst was da entstehen kann. Ich nehme mal an, wir sind ja alle ein Kind des Landes.

Das Land Sachsen-Anhalt wird kein Interesse daran haben, dass es der Stadt Halle schlecht geht. Es hat aber ein Interesse daran, dass es hier klarmacht, wer Ross und wer Reiter ist. Das ist leider so, der Stärkere bestimmt das Spiel. Und wir sind es an dieser Stelle nicht und wollen keine großen Risiken eingehen. Deswegen plädieren wir dafür, den Änderungsantrag der SPD jetzt an dieser Stelle nicht zu beschließen. Und uns stattdessen auf die Beschlussvorlage der Stadtverwaltung zu fokussieren.

Und dann im Prinzip im Anschluss daran habe ich großes Vertrauen. In den Bürgermeistern, auch in die Stadtverwaltung, dass die alles unternehmen, dass auch das Land seine Verantwortung für die beiden Immobilien, die übrigbleiben, oder Roter Ochse und Halle, also die die zweite Haftanstalt in der Frohen Zukunft, dass da alles getan wird, dass unsere Stadt da nicht das Nachsehen hat. Das Land hat die Möglichkeit, das auch günstiger zu verkaufen, also nicht nach zum Marktwert, sondern zum halben Preis.

Und die Stadt Halle hat auch Zeit bis dahin, da vergehen noch ein paar Jahre, sich zu amortisieren und zu schauen, wie kann man da mit dem Land eine vernünftige Übereinkunft finden. Und ja, in dem Sinne. Wir würden dem Beschluss der Beschlussvorlage der Stadtverwaltung folgen und damit schauen, dass wir diese Haftanstalten hier in Halle behalten können. Vielen Dank, meine Damen und Herren.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Raue. Herr Kehrwieder bitte.

Herr Kehrwieder

Ja zwei Dinge. Erstens: Ich glaube, von der Idee, dass wir irgendwie im Bestand bauen und sanieren könne bei einer JVA, kann sich jeder hier verabschieden, weil die Sicherheitsvorkehrungen in einer laufenden JVA in Betrieb einzuhalten, beim Bau und Sanierung, ist faktisch unmöglich und würde die Kosten ins Unermessliche treiben. Das bestätigt einem jeder, der mit so einem Projekt irgendwie mal zu tun hat, wenn man mit denen mal ein Gespräch führt.

Und zweitens. Aufgrund der Sachlage, die wir jetzt hier in beiden Ausschüssen anscheinend haben, dass Informationen bereitgestellt werden und nicht alle Fraktionen diese Informationen haben, denk ich, dass wir hier eine übliche Praxis gefunden haben. Wir können diesen Antrag beraten. Wir müssen aber nicht über ihn beschließen. Wir haben den Stadtrat, der das entscheidende Votum fasst. Deswegen würde ich hier und heute kein Votum der beiden Ausschüsse fassen, weitere Beratung zwischen den Fraktionen folgen lassen und dass wir final im Stadtrat darüber entscheiden.

Frau Dr. Wünscher

Herr Raue, bitte.

Herr Raue

Herr Kehrwieder, ich war gerade kurz abgelenkt. Haben Sie gesagt, dass die Sanierung der Haftanstalt Kosten verursachen würde, die man nicht überschauen kann, oder wie? Erhebliche? Ja, genau. Genau mit solchen Problemen sind ja andere Haftanstalten regelmäßig konfrontiert, dass sie aufwachsen müssen, zum Beispiel, weil wir seit 2015 immer mehr Häftlinge fremder Staatsangehörigkeiten haben. Das gehört ja auch zur Wahl dazu. Deswegen ist es ja alles nötig. Abgesehen von der EU-Regelung frage ich mich auch,

wie andere EU-Staaten, in den armen EU-Regionen, was weiß ich, im Osten damit umgehen.

Auch Portugal hat große Probleme, aber ich glaube, die umschiffen diese EU-Regelung irgendwie. Unser Land macht es ja nicht. Aber ich habe ja gerade von der Haftanstalt Ravensburg gesprochen. Genau da ist es der Fall. Die haben im Prinzip jetzt einen Erweiterungsbau. Gut, das ist jetzt drei Jahre her. Aber da kann man ja mal gucken, wie hat sich das bewährt. Die haben einen Erweiterungsbau errichtet, um genau dieses Problem zu beheben. Der Sanierung einer Haftanstalt in Betrieb. Da werden die Leute dann einfach statt ins Hafthaus drei war es damals, das musste halt voll belegt werden.

Aus den Gründen, die ich benannt habe, haben sie im Prinzip festgelegt, wir bauen eine neue, im Modulbauweise seriell errichtete Haftanstalt für 120 Plätze. Die hat 25 Millionen Euro gekostet. So hätte es das Land auch machen können. Wir hätten auch in zwei Haftanstalten, die wir haben, was weiß ich, füt Volkstedt und Halle, in Modulbauweise solche Ausweichquartiere errichten können, hätten das sanieren können. Das sind alles keine Argumente. Das sind irgendwelche Leute, die hier meinen, sie verstehen was von der Sachlage. Ich habe mit unserer Fraktion dort vor Ort telefoniert und die haben es genauso bestätigt. Dass es also ein Erfolg gewesen ist. Das war damals als Versuch, als großer Versuch, und Baden-Württemberg ist zu dem Schluss gekommen, wir machen das nur noch so.

Und da kann natürlich Sachsen-Anhalt auch lernen und wir werden natürlich auch drauf achten müssen, dass, wenn hier der Neubau entsteht, dass man sich auch an den Erkenntnissen, was Modulbau, was serieller Bau für Kosteneinsparungen bringt auch orientiert. Nicht umsonst, soll ja jetzt auch Wohnungsbau seriell errichtet werden. Also, das ist kein Argument, lieber Herr Kehrwieder. Da müssen wir uns noch mal gemeinsam besser informieren, aber das steht ja heute nicht zur Debatte.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Raue. Herr Eigendorf.

Herr Eigendorf

Herr Raue, ich hätte jetzt fast gesagt „Sommerpause vorbei, alles wie immer“, aber diesmal waren die Ausländer erst beim zweiten Redebeitrag schuld. Ich verstehe nicht, woher sie den Optimismus nehmen. Sie sagen, wir gehen auf Nummer sicher, wenn der Änderungsantrag der SPD abgelehnt wird. Ein Änderungsantrag, der aus dem Brief von Herrn Malter zitiert, der die Position des Landes widerspiegelt. Aber Sie sagen: Den lehnen wir ab und dann beschließen wir das so, wie die Stadtverwaltung das einbringt, und dann läuft das alles.

Herr Raue, auch Sie waren in der Fraktionsvorsitzendenrunde, als wir uns sehr ernsthaft die Karten gelegt haben, wie die Position der einzelnen Fraktionen zumindest zu dem Zeitpunkt waren. Ich sehe den Optimismus nicht. Ich sehe hier das größte Risiko von allen Sachen, über die wir gerade diskutieren. Das ist das Risiko für die Standortentscheidung, dass wir nächste Woche in diesem Stadtrat sitzen, hier in diesem Saal, in sechs Tagen.

Wir sagen, das wird schon alles irgendwie laufen und ist wieder für den Änderungsantrag, den Kompromiss, den das Land ja augenscheinlich selbst zu Papier gebracht hat, darstellt. Dafür gibt es keine Mehrheit. Und danach gibt es in diesem Haus vielleicht auch noch Denkbare knapp keine Mehrheit für den grundsätzlichen Vorschlag, den die Stadtverwaltung eingebracht hat. Und was machen wir dann? Was ist das dann für ein Vorschlag?

Das Land kann das doch dann an dieser Stelle eigentlich nur noch als das klare Signal auffassen: Okay, die Stadt Halle hat kein Interesse mehr die wollen nicht mehr die sind raus.

Und das darf uns nicht passieren. Und deswegen ist die Frage: Wie geht man dem Land entgegen? Wie gibt man ein Signal? Und ich glaube, dass der Umstand den Wortlaut aus dem Malter Schreiben aufzugreifen.

Das ist das Signal, das Zahlen der Konstruktivität, ein Zeichen des Kompromisses. Und dass wir hier an dieser Stelle zusammengehen wollen. Und ich glaube, man merkt das auch, Herr Oberbürgermeister. Es wäre vielleicht gut, wenn wir zumindest im Nachgang zu der heutigen Sitzung und vor der Sitzung des Stadtrates noch mal alle das Schreiben zur Verfügung gestellt bekommen, damit ein gleicher Informationsstand besteht. Vielen Dank.

Frau Dr. Wünscher

Danke Herr Eigendorf. Es gibt noch eine Wortmeldung von Herrn Godenrath und danach der Oberbürgermeister, bitte.

Herr Godenrath

Vielen Dank Frau Vorsitzende. Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Vorsitzende, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister. Ich weiß nicht, ob Sie gerade feststellen oder merken, was hier gerade abläuft. Hier werden Argumente vorgebracht für etwas, was nicht zum Vorteil der Vorbringenden ist eigentlich, sondern zum Nachteil und nicht nur zum Nachteil derjenigen, die das unterstützen, sondern der Stadt an sich selbst. Denn wir haben gar nichts in der Hand. Uns gehört noch nicht mal das Grundstück.

Also, mit welchen Argumenten wollen Sie die das Land überzeugen? Dass wir als Stadt, die nichts in der Hand hat, noch nicht mal wirtschaftlich potent in der Lage ist, mit irgendwelchen Argumenten, das Land zu beeinflussen an der Entscheidung, wie mit diesen, ich sag mal Liegenschaften verfahren wird, irgendwie beteiligt zu werden. Also wir haben gar nichts in der Hand. Man macht aus einer Mücke, die man ist, versucht man den Elefanten zu machen. Man bläst sich auf man hat gar nichts in der Hand, null.

Das ist das eine. Deswegen ist es völlig abzulehnen. Und das andere ist, welches Schmierentheater läuft hier gerade eigentlich ab? Wenn ich das mal so sagen darf. Sie haben offensichtlich ein Schreiben, was der OB bekommen hat. Wir haben es nicht. Ich kenne es nicht. Es kennen hier offensichtlich ein paar Personen, oder ein paar Fraktionen. Ich weiß nicht, ob Sie sich untereinander abgesprochen haben. Was soll das hier? Was ist das für Verfahren?

Sie beschwerten sich beim Oberbürgermeister, dass der ein Schreiben gekriegt hat, was er nicht rausgibt. Sie haben aber ein Schreiben, teilen es aber den anderen nicht mit. Also ich würde mal selber darüber nachdenken, wie sich überhaupt verhalten. Also grundsätzlich ist das Ganze abzulehnen. Ich würde einfach vorschlagen, ich kann es selber nicht beantragen. Aber es wäre gut, wenn man ein Stück weit in die Richtung des Herrn Kehr wieder gehen würden.

Dass wir sagen, wir gehen von diesem Antrag heute ab und geben den Antrag vom Tisch, weil wir kennen dieses Schreiben nicht. Und das ist ein ganzes Schmierentheater, was hier gerade abläuft. So geht das nicht. Also ich finde das unmöglich und auch gegenüber den Bürgern was hier abläuft. Vielen Dank.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Godenrath. Der Oberbürgermeister, bitte.

Herr Dr. Vogt

Also dieses Schreiben, was den meisten vorliegt, was wir auch wissen. Wir werden es nochmal morgen versenden, damit Sie das alle haben, dieses ominöse Schreiben, wo sie

merken, dass da kein neuer Erkenntnisgewinn dann sein wird für Sie. Ich möchte noch auf den Bürgerdialog noch mal eingehen, weil mich das wirklich, muss ich sagen, stört, dass mir das hier vorgeworfen wird. Weil, ich habe bewiesen, glaub ich, im letzten Jahr, dass grade das Thema Bürgerkontakt und Bürgerdialoge, wo ich es nur kann und wo ich sinnvoll, achte immer sofort durchführe.

Warum, noch mal für die Presse auch gerne, warum jetzt kein Bürgerdialog. Wiederholung: Es ist nicht klar, ob es kommt. Zweitens: Die baulichen Gegebenheiten liegen nicht in unserer Hand. Das Land bestimmt die baulichen Gegebenheiten. Das heißt, wenn wir in der Planung eines Gebäudes wären, irgendeiner anderen Einrichtung, wo wir Spielraum hätten, würden wir selbstverständlich sofort einen Bürgerdialog durchführen, um die Bürger mitgestalten zu lassen, so wie wir es auch in Teilen beim Zukunftszentrum gemacht haben.

Die große Sorge der Bürgerinnen und Bürger von Tornau ist aber nicht die bauliche Einrichtung. Es ist die Funktion dieses Gebäudes, nämlich einer JVA. Und da geht es um Sicherheit. Und wir als Stadt Halle können keinen Bürgerdialog auf Grundlage von justiziellen von Justizfragen durchführen, weil wir gar nicht den Kenntnisstand darüber haben. Das heißt, wenn Sie sich beschweren bei jemandem, der keinen Bürgerdialog macht, dann tun Sie das bitte beim Land.

Weil die wären nämlich dann in der Verantwortung, die Menschen zu beruhigen bezüglich Justiz. Das möchte ich noch mal ganz deutlich hier hervorheben. Und noch eine weitere Sache zu dem Thema Änderungsantrag der SPD. Wenn Sie das mal, Herr Eigendorf, würden Sie sich mal ganz genau, haargenau das durchlesen, was da vom Land vorgeschlagen wurde. Dort steht drin, dass das das maximale Angebot vom Land ist, dass dann immer noch ein Restrisiko besteht. Wenn Sie genaue Zeile bei Zeile lesen, dann muss ich Ihnen ehrlich sagen, dass dieser Änderungsantrag null Komma null Mehrwert für die Stadt Halle hat.

Frau Dr. Wünscher

Danke, Herr Oberbürgermeister. Es ist hier ein Vorschlag unterbreitet worden für. Ach, ich frag erstmal. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Herr Vierkant, bitte. Nicht? Es ist hier von Herrn Kehr wieder ein Vorschlag unterbreitet worden, aber in Absprache mit der Verwaltungsspitze, also mit dem Oberbürgermeister, würde ich jetzt vorschlagen, so wie Herr Kehr wieder das auch gesagt hat, dass wir heute nicht darüber abstimmen. Dass wir sagen, wir haben beraten und damit steht eine Abstimmung im Stadtrat nichts im Wege.

Die Zeit bis zur Stadtratssitzung kann genutzt werden, damit sich die Fraktionen nochmal verständigen und dass dann alle auch das Papier, über das jetzt hier viel geredet wurde, dann allen zur Kenntnis gegeben wurde. Eine Einlassung gestatten Sie mir bitte noch, insbesondere an Sie gerichtet, Herr Raabe. Sie haben mehrfach davon gesprochen, wir hätten einen Kompromiss gefunden.

Der Kompromiss war mit uns, aber nicht mit dem Land. Und da das Land hier ein maßgeblicher Akteur ist, denke ich mal, von einem wahrhaftigen Kompromiss können wir erst sprechen, wenn Stadt und Land sich verständigt haben und das ist bislang nicht erfolgt. Und sofern denke ich ist es gut, wenn wir jetzt alle noch paar Tage haben, um darüber nachzudenken und dann im Stadtrat abschließend zu beraten. Gibt es Widerspruch gegen diese Vorgehensweise?

Zwischenrufe

Wir wollen heute auch in Absprache mit dem Oberbürgermeister. Wir wollen heute nicht abstimmen das als Beratung ansehen. Wir haben beraten, dann können wir in jedem Falle im Stadtrat dann abstimmen und dann haben alle noch mal Zeit sich vollumfänglich zu

informieren. Ja? Ich sehe keinen Widerspruch. Dann können wir das so tun. Damit hätten wir dann die Beschlussvorlage der Stadtverwaltung und den Änderungsantrag abgearbeitet und wären bei dem beliebten Punkt Anträge.

Ende des Wortprotokolls

- zu 5.1 **Aufhebung des Beschlusspunktes 4 des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 217 Sondergebiet Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße (Vorlage: VII/2024/06889) vom 26.03.2025**
Vorlage: VIII/2025/01416

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Abstimmungsergebnis: beraten

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusspunktes 4 des Stadtratsbeschlusses vom 26.03.2025 zum Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 217 Sondergebiet Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße (Vorlage: VII/2024/06889).

Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung

Abstimmungsergebnis: beraten

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusspunktes 4 des Stadtratsbeschlusses vom 26.03.2025 zum Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 217 Sondergebiet Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße (Vorlage: VII/2024/06889).

- zu 5.1.1 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Beschlussvorlage Aufhebung des Beschlusspunktes 4 des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 217 Sondergebiet Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße (Vorlage: VII/2024/06889) vom 26.03.2025**
Vorlage: VIII/2025/01543

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Abstimmungsergebnis: beraten

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die ~~Aufhebung des Beschlusspunktes 4~~ **folgenden Änderungen der Beschlusspunkte 4b und 4c** des Stadtratsbeschlusses vom 26.03.2025 zum Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 217 Sondergebiet Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße (Vorlage: VII/2024/06889):

- ~~4b: Vereinbarung eines Zeitplanes zur Entwicklung der bisher durch das Land genutzten JVA-Standorte „Roter Ochse“ sowie „Frohe Zukunft“ mit dem Ziel der Innenentwicklung in enger Abstimmung mit und unter konzeptioneller Federführung der Stadt Halle~~
- **4b: organisatorische Begleitung bzw. Zusammenarbeit durch bzw. mit der Stadt Halle (Saale) im Rahmen eines späteren Verwertungsprozesses der bisher durch das Land genutzten JVA-Standorte „Roter Ochse“ sowie „Frohe Zukunft“**

- ~~4c: Abstimmungen zu Investitionen des Landes über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen hinaus in die umliegenden Ortsteile bzw. die verkehrliche Infrastruktur der Umgebung~~
- **4c: weitestmögliche Unterstützung bei der Abrufung von Mitteln des Infrastruktur-Sondervermögens des Bundes durch die Stadt Halle (Saale) für Investitionen in die umliegenden Ortsteile bzw. die verkehrliche Infrastruktur der Umgebung**

Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung

Abstimmungsergebnis: beraten

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die ~~Aufhebung des Beschlusspunktes 4~~ **folgenden Änderungen der Beschlusspunkte 4b und 4c** des Stadtratsbeschlusses vom 26.03.2025 zum Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 217 Sondergebiet Justizvollzugsanstalt Halle, Posthornstraße (Vorlage: VII/2024/06889):

- ~~4b: Vereinbarung eines Zeitplanes zur Entwicklung der bisher durch das Land genutzten JVA-Standorte „Roter Ochse“ sowie „Frohe Zukunft“ mit dem Ziel der Innenentwicklung in enger Abstimmung mit und unter konzeptioneller Federführung der Stadt Halle~~
- **4b: organisatorische Begleitung bzw. Zusammenarbeit durch bzw. mit der Stadt Halle (Saale) im Rahmen eines späteren Verwertungsprozesses der bisher durch das Land genutzten JVA-Standorte „Roter Ochse“ sowie „Frohe Zukunft“**
- ~~4c: Abstimmungen zu Investitionen des Landes über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen hinaus in die umliegenden Ortsteile bzw. die verkehrliche Infrastruktur der Umgebung~~
- **4c: weitestmögliche Unterstützung bei der Abrufung von Mitteln des Infrastruktur-Sondervermögens des Bundes durch die Stadt Halle (Saale) für Investitionen in die umliegenden Ortsteile bzw. die verkehrliche Infrastruktur der Umgebung**

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vor.

Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten für den Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung vor.

zu 7 **Mitteilungen**

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Es lagen keine Mitteilungen für den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vor.

Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung

Herr Rebenstorf sagte, dass Herr Kerzel im Voraus schriftlich bezüglich der Verkehrsführung aufgrund der Brückensperrung angefragt hatte, die im Zusammenhang mit der bevorstehenden Sanierung und dem Neubau der B80 steht. Er informierte darüber, dass das Brückenfest des WUK Theaters in diesem Jahr nicht auf der Brücke stattfinden kann, da der Bau bald beginnen muss und voraussichtlich anderthalb Jahre dauern wird. Diese Entscheidung wurde in Abstimmung mit den Betreibern des WUK Theaters und den Organisatoren getroffen. Es ist von großer Bedeutung, in diesem Jahr den Verkehrsfluss auf der Brücke zu gewährleisten, um sicherzustellen, dass Feuerwehr und Rettungsdienste im Notfall jederzeit die Linieninsel erreichen können, auch wenn dies niemand herbeisehnt.

zu 7.1 **Frau Labusga zum Runden Tisch Radverkehr**

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Frau Labusga erkundigte sich, weshalb für den in dieser Woche stattfindenden Runden Tisch Radverkehr keine Einladung versendet wurde. Der nächste Termin ist erst für November geplant. Welche Ursache hat die Absage? Existiert dazu eine Information?

Herr Rebenstorf antwortete, dass der nächste tatsächlich im November stattfindet. Seitdem der Rad- und Fußwegverkehrsbeauftragte auch in meinem Bereich tätig ist, ist das ganze Thema wieder auf meinen Tisch gekommen. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir uns zunächst selbst im GB II dazu positionieren und vorbereiten müssen. Wie ich gestern im Hauptausschuss gesagt habe, werden wir das Sonderthema Radverkehrsführung Riebeckplatz im November besprechen.

zu 8 **Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Es lagen keine Anfragen von Fraktionen oder Stadträten aus dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vor.

Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung

Es lagen keine Anfragen von Fraktionen oder Stadträten aus dem Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung vor.

zu 9 Anregungen

Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung

Es lagen keine Anregungen aus dem Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vor.

Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung

Es lagen keine Anregungen aus dem Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Stadtentwicklung vor.

Frau Dr. Wünscher bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Frau Dr. Ulrike Wünscher
Ausschussvorsitzende
Planungsausschuss

Frau Prof. Dr. Dalbert
Ausschussvorsitzende
Klimaausschuss

Charlize Meisner
stellv. Protokollführerin

Sophia Waldowski
stellv. Protokollführerin